



CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 16. Januar 2026

Rundschreiben der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Neuen Grundsicherung (13. SGB II Änderungsgesetz)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit der 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Einführung der Neuen Grundsicherung gehen wir einen wichtigen Schritt, um unseren Sozialstaat zukunftsfest zu machen. Wir werden das bisherige Bürgergeldsystem durch die Neue Grundsicherung ersetzen.

Im Kern sorgt der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf für mehr Gerechtigkeit: Gerechtigkeit für all diejenigen, die hart arbeiten und mit ihren Steuern und Beiträgen den Sozialstaat finanzieren und ihn überhaupt erst möglich machen. Gerechtigkeit für all jene, die alles daransetzen, wieder in Beschäftigung zu kommen. Und Gerechtigkeit für diejenigen, die Hilfe benötigen und dafür unsere volle Unterstützung und Solidarität erhalten.

Drei Punkte sind dabei für uns zentral:

1. Rückkehr zum Prinzip des Förderns und Forderns

Wir machen es denen schwer, die nicht mitwirken wollen. Wer arbeiten kann, aber Termine wiederholt verstreichen lässt oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, wird künftig keine Leistungen mehr erhalten. Damit stellen wir sicher, dass jeder seinen

Beitrag zu unserer Solidargemeinschaft leistet. Und gleichzeitig stellen wir sicher, dass es nicht die Falschen trifft.

2. Wiedereinführung Vermittlungsvorrang

Mit der Rückkehr zum Vermittlungsvorrang wollen wir Arbeitssuchende so schnell wie möglich wieder in Arbeit bringen. Ein verbindliches Beratungsgespräch zu Beginn ist ein wichtiger Schritt, um schnell zu klären, welche Wege in Arbeit realistisch sind. Das stärkt die Eigenverantwortung und verhindert, dass Menschen dauerhaft in Arbeitsmarktmaßnahmen feststecken. Es ist aber genauso wichtig, dass wir zielgerichtet fördern: Gerade bei jungen Menschen etwa ist es richtig, den Fokus auf Ausbildung oder Qualifizierung zu legen.

3. Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch

Wir machen unser Sozialsystem resilienter und gehen gegen Missbrauch vor. Insbesondere Schwarzarbeit ist zu einem der größten Einfallstore beim Missbrauch von Sozialleistungen geworden. Dafür verantwortlich sind nicht nur diejenigen, die schwarz arbeiten, sondern auch diejenigen, die Schwarzarbeit ermöglichen. Deshalb müssen künftig Arbeitgeber, die Personen illegal beschäftigen, in vollem Umfang auch für Leistungen haften, die der illegal Beschäftigte zu Unrecht erhalten hat. Kurzum: Wer betrügt, muss zahlen. Weitere Maßnahmen gegen Missbrauch bringen wir in den nächsten Monaten auf den Weg.

Ein Punkt hat in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder für Nachfragen gesorgt: Die Einsparungen, die im Zusammenhang mit dieser Reform möglich sind. Hierzu liegen aktuelle Zahlen seitens renommierter wissenschaftlicher Forschungsinstitute vor:

Prof. Dr. Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sieht erhebliche Einsparpotenziale in der Grundsicherung: Rund 3 Milliarden Euro pro 100.000 Personen für die öffentlichen Haushalte bei nachhaltiger Arbeitsmarktintegration. Der finanzielle Effekt entsteht dabei nicht nur durch eingesparte Leistungen, sondern auch durch zusätzliche Steuer- und Beitragseinnahmen.

Prof. Dr. Andreas Peichl vom ifo Institut München veranschaulicht anhand von Beispielen die Spannbreite möglicher Einsparungen beim jetzigen Bürgergeld: Sie reicht bis zu 4,5 Milliarden Euro pro Jahr, wenn die Ergebnisse der Sozialstaatskommission mit Blick auf die Zusammenlegung von Leistungen und die Reformen bei den Transferentzugsraten vollständig umgesetzt werden.

Mit anderen Worten: Je nach wirtschaftlicher Entwicklung und nachhaltiger Arbeitsmarktintegration sind Einsparungen in Milliardenhöhe möglich.

Mit der Reform der Grundsicherung gehen wir einen wichtigen Schritt nach vorne. Klar ist aber auch, dass in diesem Jahr weitere große Reformschritte folgen müssen. Das wird uns einigen Mut abverlangen. Aber einen solchen Mut erwarten die Menschen jetzt von uns.

Packen wir es an!



Dr. Carsten Linnemann



Marc Biadacz